

# OSTSCHWEIZER STRAFVOLLZUGSKOMMISSION

---

## RICHTLINIEN

### über die Bewährungshilfe bei bedingter Entlassung<sup>1</sup> vom 8. April 2011

---

Nach Art. 62 Abs. 2 und 3, Art. 64a Abs. 1 und Art. 87 Abs. 2 kann die zuständige Behörde bei bedingten Entlassungen aus dem Straf- und Massnahmenvollzug für die Dauer der Probezeit Bewährungshilfe anordnen und Weisungen erteilen. Mit der Bewährungshilfe sollen die betreuten Personen nach Art. 93 Abs. 1 StGB vor Rückfälligkeit bewahrt und sozial integriert werden. Die für die Bewährungshilfe zuständige Behörde leistet und vermittelt die hierfür erforderliche Sozial- und Fachhilfe. Nach Art. 376 StGB sind die Kantone für die Bewährungshilfe zuständig. Die Bewährungshilfe obliegt in der Regel dem Kanton, in dem die betreute Person Wohnsitz hat. Die Weisungen betreffen nach Art. 94 StGB insbesondere die Berufsausübung, den Aufenthalt, das Führen eines Motorfahrzeuges, den Schadenersatz sowie die ärztliche und psychologische Betreuung. Die Anordnung von Bewährungshilfe und die Weisungen sind nach Art. 95 Abs. 2 StGB im Entscheid festzuhalten und zu begründen. Entzieht sich die bedingt entlassene Person der Bewährungshilfe oder missachtet sie die Weisungen oder sind die Bewährungshilfe oder die Weisungen nicht durchführbar oder nicht mehr erforderlich, so erstattet die zuständige Behörde nach Art. 95 Abs. 3 StGB der Strafvollzugsbehörde Bericht. Die Strafvollzugsbehörde kann nach Art. 95 Abs. 4 StGB die Probezeit um die Hälfte verlängern, die Bewährungshilfe aufheben oder neu anordnen oder die Weisungen ändern, aufheben oder neue Weisungen erteilen. Ist ernsthaft zu erwarten ist, dass die bedingt entlassene Person, die sich der Bewährungshilfe entzieht oder Weisungen missachtet, neue Straftaten begeht, kann das Gericht nach Art. 95 Abs. 5 StGB die Rückversetzung in den Straf- oder Massnahmenvollzug anordnen.

---

## 1. Bewährungshilfe

### 1.1 Zweck

Die Anordnung von Bewährungshilfe hat folgende Ziele:

- a) Rückfallverhütung
- b) Förderung der sozialen Integration und
- c) Förderung der sozialen Kompetenz.

### 1.2 Anordnung<sup>2</sup>

<sup>1</sup> Muss von einem erhöhten Rückfallrisiko oder einer erschwerten sozialen Integration ausgegangen werden, wird in der Regel Bewährungshilfe angeordnet.

<sup>2</sup> Von einem erhöhten Rückfallrisiko ist auszugehen, wenn:

- a) die zu entlassende Person sich bereits früher im Vollzug einer Freiheitsstrafe oder Massnahme befand oder wegen gleichartiger Delikte vorbestraft ist;

---

<sup>1</sup> Anordnungszweck und Aufgaben der Bewährungshilfe bei bedingten und teilbedingten Strafen nach Art. 44 Abs. 2 StGB entsprechen den in diesen Richtlinien umschriebenen Zielen und Leistungen.

<sup>2</sup> Vgl. Art. 62 Abs. 3 und Art. 87 Abs. 2 StGB.

- b) die zu entlassende Person bereits im Jugendalter delinquierte;
- c) die Einsicht in das Unrecht der Tat fehlt;
- d) während dem Vollzug nicht deliktorientiert gearbeitet wurde, diese Arbeit nicht erfolgreich war oder die persönlichen Fortschritte bei der zu entlassenden Person als ungenügend beurteilt werden;
- e) Suchtprobleme bestehen;
- f) Weisungen empfohlen werden.

<sup>3</sup> Von einer erschwerten sozialen Integration ist auszugehen, wenn:

- a) die Vollzugszeit ein Jahr oder länger dauerte;
- b) intakte Beziehungen fehlen;
- c) psychische Probleme, Krankheiten oder andere Gesundheitsprobleme bestehen, die der Abklärung bedürfen oder die zur Isolation führen können;
- d) ein Arbeitsplatz fehlt bzw. es an Arbeitserfahrung mangelt;
- e) in der Vergangenheit eine Arbeitslosigkeit selbst verschuldet war, z.B. aufgrund schwierigen Verhaltens am Arbeitsplatz;
- f) die Wohnsituation unbefriedigend ist;
- g) eine Schuldenbearbeitung nötig ist;
- h) Beratung/Unterstützung bei lebenspraktischen Fragen benötigt wird (z.B. bei Sozialversicherungsfragen, beim Umgang mit Ämtern, bei der selbständigen Haushaltsführung).

### **1.3 Verzicht**

Auf die Anordnung von Bewährungshilfe kann namentlich verzichtet werden, wenn:

- a) ein geringes Rückfallrisiko besteht;
- b) eine genügende soziale Betreuung oder eine therapeutische Begleitung bereits durch andere Stellen oder Personen gewährleistet ist<sup>3</sup>;
- c) ein Interventionsbedarf bei der sozialen Integration oder zur Förderung sozialer Kompetenzen nicht ersichtlich ist.

### **1.4 Aufgaben**

<sup>1</sup> Die mit der Bewährungshilfe beauftragte Stelle leistet oder vermittelt im Rahmen der bei bedingten Entlassungen angeordneten Bewährungshilfe die notwendige Sozialberatung und Fachhilfe, arbeitet mit den anderen Stellen zusammen und koordiniert die Betreuung.

<sup>2</sup> Die Aufgaben beinhalten je nach Bedarf folgende Bereiche:

- a) Rückfallverhütung
  - Planung und Betreuung der entlassenen Person entsprechend der Einschätzung des Rückfallrisikos;
  - Risikomonitoring: Kontrolle und Überwachung von Anordnungen, Weisungen und ambulanten Behandlungen;
  - Vermitteln von spezieller Fachhilfe im Bereich Rückfallprävention, z.B. Suchtberatung;
  - Auswertung der Ergebnisse von durchgeführten Massnahmen;
  - Information und Berichterstattung an die zuständige Vollzugsbehörde;

---

<sup>3</sup> Die Anordnung von Bewährungshilfe ist auch zu prüfen, wenn Massnahmen des Erwachsenenschutzrechts bereits bestehen.

b) Förderung der sozialen Integration und Kompetenzen

- Individuelle Beratung und Begleitung der entlassenen Person:
  - bei der Stellensuche und bei Berufs- und Arbeitsschwierigkeiten;
  - bei der Unterkunftssuche und beim Wohnen;
  - bei finanziellen Angelegenheiten, namentlich bei der Erstellung eines Budgets, beim Zahlungswesen oder beim Durchführen von Schuldensanierungen;
  - bei Familien-, Eltern- und allgemeinen Bürgerpflichten;
  - im Kontakt mit Behörden;
  - bei Versicherungsfragen (z.B. Sozialversicherung wie AHV, IV, Kranken- und Unfallversicherung, berufliche Vorsorge);
  - bei der Freizeitgestaltung;
- Vermitteln von spezieller Fachhilfe namentlich im Bereich Finanzen, Gesundheit, Beziehung, Rechtsfragen (Miete, Arbeit, Sozialversicherung);
- Beratung der Bezugspersonen von bedingt entlassenen Personen.

## 2. Weisungen

### 2.1. Zweck

Weisungen dienen wie die Anordnung von Bewährungshilfe dazu, die Rückfallgefahr zu mindern, der Begehung neuer Delikte vorzubeugen und damit mögliche Opfer zu schützen.

### 2.2. Kontrolle

<sup>1</sup> Die Einhaltung der Weisungen wird regelmässig kontrolliert.

<sup>2</sup> Missachtet die entlassene Person die Weisung, wird sie in der Regel schriftlich zu deren Einhaltung ermahnt.

<sup>3</sup> Hält die entlassene Person die Weisung trotz Mahnung nicht ein oder ist ernsthaft zu erwarten, dass sie neue Straftaten begeht, erstattet die mit der Weisungskontrolle beauftragte Stelle der zuständigen Vollzugsbehörde über die Nichteinhaltung der Weisung ohne Verzug schriftlich Bericht.

## 3. Begründung

Aus der Begründung der Anordnung von Bewährungshilfe und der Weisungen<sup>4</sup> soll hervorgehen, welche Ziele damit angestrebt werden. Ein Verzicht auf die Anordnung von Bewährungshilfe soll auch kurz begründet werden.

## 4. Dauer

<sup>1</sup> Bewährungshilfe und Weisungen werden in der Regel für die Dauer der Probezeit angeordnet<sup>5</sup>.

<sup>2</sup> Sie werden vor Ablauf der Probezeit aufgehoben, wenn sie nicht durchführbar oder nicht mehr erforderlich sind, namentlich wenn:

- a) die angestrebten Ziele erreicht sind;
- b) nur noch ein sehr geringes Rückfallrisiko besteht;
- c) eine genügende soziale Betreuung durch andere Stellen oder Personen gewährleistet ist;
- d) ein Interventionsbedarf bei der sozialen Integration oder zur Förderung sozialer Kompetenzen nicht mehr ersichtlich ist.

---

<sup>4</sup> Art. 95 Abs. 2 StGB.

<sup>5</sup> Vgl. Art. 62 Abs. 3, Art. 64a Abs. 1 und Art. 87 Abs. 2 StGB.

<sup>3</sup> Die mit der Bewährungshilfe oder der Weisungskontrolle beauftragte Stelle erstattet der anordnenden Behörde Bericht, wenn sie eine vorzeitige Aufhebung der Bewährungshilfe oder der Weisungen als angezeigt beurteilt.

## **5. Zusammenarbeit<sup>6</sup>**

### **5.1 Zwischen Vollzugseinrichtung und Bewährungshilfe**

<sup>1</sup> Um den häufig schwierigen Übergang aus dem Freiheitsentzug in die Freiheit zu planen und zu regeln, werden im Vollzugsplan für das Übergangsmanagement Massnahmen und Regelungen im Hinblick auf die Entlassung und während der Probezeit vorgesehen<sup>7</sup>. Es wird festgelegt, was gestützt auf den personen- und umweltbezogenen Veränderungs- und Kontrollbedarf während des Vollzugs und was nach der Entlassung zur Integration und deliktfreien Lebensgestaltung der eingewiesenen Person notwendig ist.

<sup>2</sup> Wenn die Anordnung von Bewährungshilfe oder von Weisungen in Betracht kommt, bezieht die Vollzugseinrichtung die mit der Bewährungshilfe beauftragte Stelle möglichst frühzeitig in die Vorbereitung der Entlassung ein<sup>8</sup>.

### **5.2. Zwischen Vollzugsbehörde und Bewährungshilfe**

#### *5.2.1. Zuständigkeit*

<sup>1</sup> Die Vollzugsbehörde des Urteilkantons beauftragt stets die in ihrem Kanton zuständige Stelle mit der Bewährungshilfe oder der Weisungskontrolle.

<sup>2</sup> Wohnt die entlassene Person nicht im Urteilkanton, überträgt diese Stelle die Bewährungshilfe und eine allfällige damit verbundene Weisungskontrolle im Patronat an die zuständige Stelle des Wohnsitzkantons<sup>9</sup>.

<sup>3</sup> Die Bewährungshilfe oder Weisungskontrolle kann an einen anderen Kanton übertragen werden, wenn der Auftrag so besser erfüllt werden kann, beispielsweise bei geregelterm Wochenaufenthalt der zu betreuenden bzw. zu kontrollierenden Person.

<sup>4</sup> Die Vollzugsbehörde des Urteilkantons entscheidet, ob die Bewährungshilfe weitergeführt, aufgehoben oder neu angeordnet oder dem Gericht die Fortführung der Bewährungshilfe<sup>10</sup> oder die Rückversetzung in den Straf- oder Massnahmenvollzug beantragt wird<sup>11</sup>.

#### *5.2.2. Information*

<sup>1</sup> Der anordnende Kanton sorgt dafür, dass der durchführenden Stelle zusammen mit dem Auftrag die nötigen Unterlagen (Laufakte) zugestellt werden<sup>12</sup>. Bei schweren Gewalt- und Sexualdelikten wird ein Übergabegespräch auf der Grundlage der Risikoabklärung und Fallübersicht ROS<sup>13</sup> und allfälliger Vollzugsberichte empfohlen.

<sup>2</sup> Die Vollzugsbehörde holt bei Bedarf bei der in ihrem Kanton für die Bewährungshilfe bzw. Weisungskontrolle zuständigen Stelle Berichte und Informationen über die entlassene Person ein.

---

<sup>6</sup> Fassung gemäss Beschluss vom 30. Oktober 2015. Die Änderungen werden ab 1. Mai 2016 angewendet.

<sup>7</sup> Ziffer 3.2. der RL vom 7. April 2006 für die Vollzugsplanung.

<sup>8</sup> Vgl. Ziffern 1.2. und 1.3. der RL vom 7. April 2006 für die Vollzugsplanung sowie Bst. B. Ziffer 1 der RL vom 7. April 2006 betreffend die bedingte Entlassung aus dem Strafvollzug.

<sup>9</sup> Für Betreuungsmandate, die nach dem ROS-Prozess abgewickelt werden, siehe Ziff. 4 der RL vom 30. Oktober 2015 über den Risikoorientierten Sanktionenvollzug (ROS).

<sup>10</sup> Art. 62 Abs. 4 StGB.

<sup>11</sup> Art. 95 Abs. 3 – 5 StGB.

<sup>12</sup> RL vom 19. April 2012 über die Laufakte.

<sup>13</sup> RL vom 30. Oktober 2015 über den Risikoorientierten Sanktionenvollzug (ROS).

<sup>3</sup> Die Stelle, welche die Bewährungshilfe bzw. Weisungskontrolle tatsächlich ausübt, informiert die Auftrag gebende Behörde von sich aus, namentlich:

- a) bei besonderen Vorkommnissen (z.B. neue Straffälligkeit, Nichteinhalten von Terminen und Abmachungen trotz Mahnung, Missachtung von Weisungen);
- b) wenn sie die Bewährungshilfe als nicht durchführbar erachtet;
- c) bei Wohnsitzwechsel in einen anderen Kanton.

<sup>4</sup> Wurde die Bewährungshilfe oder Weisungskontrolle an die zuständige Stelle des Wohnsitzkantons übertragen, so leitet die Bewährungshilfe des Urteilkantons die Berichte ohne Verzug an die Vollzugsbehörde weiter.

## **6. Kosten<sup>14</sup>**

### **6.1. Grundsatz**

<sup>1</sup> Die entlassene Person trägt die mit einer ambulanten Behandlung oder einer Weisung verbundenen Kosten. Ausgenommen sind Mehrkosten für angeordnete spezialpräventive therapeutische Massnahmen<sup>15</sup> sowie für das Abklären und Erkennen der Einnahme verbotener Substanzen, sofern das Ergebnis für die betroffene Person entlastend ausfällt<sup>16</sup>.

<sup>2</sup> Soweit die entlassene Person diese Kosten nicht bezahlen kann und sie nicht durch einen anderen Kostenträger, namentlich eine Versicherung oder Sozialhilfebehörde, zu übernehmen sind, kommt der Urteilkanton dafür auf. Er trägt überdies die mit dem Betreuungsmandat verbundenen besonderen Auslagen, soweit er dafür Kostengutsprache geleistet hat.

### **6.2. Verfahren**

<sup>1</sup> Die entlassene Person kann bei der sie betreuenden Bewährungshilfe um Kostenbeteiligung oder Kostenübernahme ersuchen. Sie hat ihre wirtschaftlichen Verhältnisse offen zu legen.

<sup>2</sup> Die betreuende Bewährungshilfe kontrolliert das Gesuch auf Vollständigkeit und Nachvollziehbarkeit, sorgt gegebenenfalls für die Ergänzung des Gesuchs und leitet es mit ihrer Stellungnahme an die zuständige Stelle des Urteilkantons weiter.

<sup>3</sup> Die betreuende Bewährungshilfe ersucht bei der zuständigen Stelle des Urteilkantons um Gutsprache für besondere Kosten im Zusammenhang mit dem Betreuungsmandat, beispielsweise wenn eine forensische Abklärung angefordert werden soll.

## **7. Schlussbestimmung**

Diese Richtlinien ersetzen die Richtlinien vom 7. April 2006 über die Bewährungshilfe bei bedingter Entlassung und werden ab 1. Mai 2011 angewendet.

---

<sup>14</sup> Eingefügt gemäss Beschluss vom 24. Oktober 2013, mit Wirkung ab 1. November 2013. Geändert mit Beschluss vom 3. November 2022.

<sup>15</sup> Siehe Ziff. 2.1. Bst. k und Ziff. 2.2. Bst. p der RL vom 26. März 2021 betreffend die Kostenträger für Vollzugskosten und persönliche Auslagen.

<sup>16</sup> Vgl. Ziff. 2.1. Bst. j und Ziff. 2.2. Bst. j der RL vom 26. März 2021 betreffend die Kostenträger für Vollzugskosten und persönliche Auslagen.